

Personalvertretung . . .

Fortsetzung von Seite 8

den Sommer beabsichtigte Schließung eines Hallenbades -, die Verwaltung werde immobiler und entwickle weniger Kreativität bei den zurückgehenden Ressourcen. Wenn es eine Ausweitung der Zahl der Mitbestimmungs- und Anhörungsfälle gebe, dann sei eine schnelle Entscheidung nicht mehr möglich: „Bei 500 Mitbestimmungen pro Monat kann eine Gemeinde lähmgelegt werden, dann haben wir das Chaos“, rief Krämer aus. Seine Bitte: Es sollte im Gesetz mehr Praktikabilität angestrebt werden.

Dr. Hilarius Welter (Landkreistag Nordrhein-Westfalen) wandte ein, daß die Verwaltungen als „negativ Betroffene“ einer erweiterten Mitbestimmung den Regelungsbedarf anders einschätzten als die Beschäftigten, die an einer Ausweitung der Personalvertretungen interessiert seien. Zwischen beiden Positionen habe keine ausreichende Abwägung stattgefunden, kritisierte er. Es seien vielmehr nur „Gelingen im Interesse einer Partei“ enthalten, „das Interesse der öffentlichen Dienstherren bleibt völlig außer acht“. Er befürchte, so Welter, daß sich die Ausweitung der Mitbestimmung als „Bärendienst für die Beschäftigten herausstellen“ werde - durch mehr Bürokratisierung und erschwerte Verwaltungsabläufe. Die verstärkte Beschäftigung der öffentlichen Bediensteten mit sich selbst rufe in der Öffentlichkeit ein negatives Echo hervor.

Verwaltungsauftrag

Der Sprecher des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebunds, Dr. Rehn, schloß sich der Stellungnahme des Städtetags an. Zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen merkte er an, daß sie nicht Gegenstand der Mitbestimmung sein könne, da die Entscheidung darüber politische Verantwortung des Rates langiere: „Da hört bei uns der Spaß auf“, stellte er fest. Bei aller Novellierungsabsicht müsse man auch an den Bürger denken und nicht den öffentlichen Auftrag der Verwaltung durch partikuläre Interessen schmälern.

Professor Hans-Jürgen Papier, Universität Bielefeld, machte keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Einbeziehung Dritter geltend, wollte jedoch die Zahl der sachkundigen Personen und ihre Anhörung auf bestimmte Punkte beschränkt wissen. Der Rektor der Universität-Gesamthochschule Essen, Professor Steimle, wandte sich vor allem gegen die von der Landesregierung angestellte Mehrkostenschätzung durch das neue Gesetz (500 000 Mark): Das könne er nicht nachvollziehen. Der Kanzler der Duisburger Hochschule, Dr. Baumanns, forderte den Erhalt des Gruppenprinzips und lehnte wegen der möglichen „Fremdsteuern“ der Personalvertretung die Regelungen zu den sachkundigen Personen ab. Seine Überzeugung: Die Erweiterung des Mitbestimmungskatalogs vergrößere den Verwaltungsaufwand und verzögere Entscheidungen. Die Mehrkosten beliefen sich weit über 500 000 Mark.

Porträt der Woche



Franz Püll (CDU)

Wem es in den Sinn käme, sich um sechs Uhr morgens im Witthaus-Busch zu Mülheim an der Ruhr zu ergehen, der träfe dort einen einsamen Waldläufer - den Landtagsabgeordneten Franz Püll. In Wind und Wetter ist der 57jährige Bezirksschornsteinfegermeister in aller Früh schon unterwegs, um sich fit zu halten für einen neuen, allemal mit Terminen vollgestopften Tag. Für seinen Betrieb hat Püll zwar einen Meister eingestellt, seit er Ende April 1980 für den plötzlich verstorbenen Heinrich Köppler als nächstfolgender Bewerber der Landesreserveliste der CDU in den Landtag einzog und nach der Wahl vom 11. Mai, wieder über die Reserveliste, dort verblieb, aber das Mandat bedeutet für einen selbständigen Handwerksmeister keineswegs die Trennung vom Beruf; Püll muß auch heute noch den Bürgern aufs Dach steigen, wenn es einmal besondere Probleme gibt. Das ist in seinem Gewerbe nicht eben selten der Fall zu Zeiten, da Umweltschutz ganz groß geschrieben wird und ein Bezirksschornsteinfegermeister als verlängerter Arm des Regierungspräsidenten mit hoheitlichen Aufgaben betraut ist.

Der gebürtige Duisburger begann 1941 im Alter von 14 Jahren, wie das früher üblich war, eine Schornsteinfegerlehre, legte 1943 die Gesellenprüfung ab und war mit 22 Jahren im Besitz des Meisterbriefes, bevor er 1960, wie schon der Vater, zum Bezirksschornsteinfegermeister bestellt wurde. Vorher war er bereits Bundesvorsitzender des Zentralverbandes Deutscher Schornsteinfegergesellen, auch Vizepräsident der Handwerkskammer Düsseldorf für die Gesellenseite, ehe er dann auf der Arbeitgeberseite vielfältige Aufgaben übernahm. Sie brachten ihn zwangsläufig mit der Politik in Verbindung.

So trat der Landesinnungsmeister Püll 1969 der CDU bei, wurde bald Vorsitzender der Kreis-Mittelstandsvereinigung und ist längst einer der bekanntesten Mittelstandspolitiker der Landespartei. Da auch im rheinischen Teil des Ruhrgebiets nach allen Erfahrungen selten ein Direktmandat für die CDU anfällt, weiß Püll, daß er für die nächste Landtagswahl im Mai 1985 wieder einen sicheren Listenplatz braucht, um seine Arbeit in Düsseldorf fortsetzen zu können. Weil aber die CDU gerade dort, wo neue Existenzen am dringendsten benötigt werden, die Mittelstandskarte ziehen dürfte, sollte Püll auch dem zehnten

Landtag in Nordrhein-Westfalen angehören.

Hier hat er sich längst Anerkennung und Ansehen erworben, zumal er „als Neuling gleich mit verantwortungsvollen Aufgaben betraut wurde“. So wählte ihn die Fraktion zum Sprecher für die Novellierung der Landesbauordnung. Wer an die mehrfachen Anhörungen der Betroffenen und die Debatten im Plenum denkt, an die - allgemein unstrittigen - „Schwerpunkte“ Entbürokratisierung und Entstaatlichung, an die alte CDU-Forderung, staatliche Aufgaben weitgehend zu privatisieren (hoheitliche ausgenommen), wer sich den Bericht der Ellwein-Kommission zur Gesetzes- und Verwaltungsvereinfachung in Nordrhein-Westfalen vom Oktober 1983 ins Gedächtnis zurückruft, weiß, daß hier auch auf den nächsten Landtag noch eine Menge Arbeit zukommen wird.

Im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen, dem Püll angehört, sind erste Schritte getan: die novellierte Landesbauordnung tritt vermutlich zum 1. Januar 1985 in Kraft. Püll im Rückblick: „Allen Unkenrufen zum Trotz sah ich große Bereitschaft des Ministeriums für Landes- und Stadtentwicklung, die Entbürokratisierungs-Bestrebungen zu unterstützen.“

Im Petitionsausschuß, „Kummerkasten des Parlaments“, wo Püll sich als „Makler zwischen Bürgern und Betrieben“ sieht, deren gleichermaßen berechnete Interessen sich zuweilen beißen, fehlt es eh nicht an Arbeit, kann auch oft ein Ärgernis ausgeräumt werden. Die Lektüre politischer Biographien wird das Weltbild des CDU-Politikers weiterhin in der Waage halten. Dafür sorgt auch die Familie: Vater, Mutter, Tochter und zwei Söhne - freut sich Püll - „fahren immer noch zusammen in Urlaub“. Der findet auf dem Wasser statt. Hans Krieger